



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

16. Sitzung (öffentlich)

11. Mai 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:03 Uhr bis 12:55 Uhr

Vorsitz: Eileen Woestmann (GRÜNE) (stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken! | 8 |
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628
- Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung am 15.11.2022)
- keine Wortbeiträge
- Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird verschoben.

2 Weiter aufholen in schwierigen Zeiten – Jugendverbandsarbeit stärken. 9

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/982

Ausschussprotokoll 18/132

– Wortbeiträge

3 Erschütternde Ergebnisse bei IQB-Bildungstrend. Die Landesregierung muss alles daransetzen, die Qualität der Bildung zugunsten der Bildungsgerechtigkeit zu heben. 16

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1365

Ausschussprotokoll 18/187 (Anhörung am 07.03.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/1365 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

4 Die Gesundheitsversorgung von Familien sicherstellen – Kuren für Familien, Menschen in Erziehungs- und Pflegeverantwortung in NRW retten! 19

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1686

Ausschussprotokoll 18/203 (Anhörung am 22.03.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/1686 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

5 No-Go-Area Internet? Sexualisierte Gewalt und Sexismus im Internet bekämpfen! 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1687

Ausschussprotokoll 18/200 (Anhörung am 17.03.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/1687 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

6 Chancengleichheit von Anfang an – Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sofort entschieden begegnen 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3305

In Verbindung mit:

Zwischensprint nötig – Mehr Anstrengung im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3655

Stellungnahme 18/511
Stellungnahme 18/513
Stellungnahme 18/519
Stellungnahme 18/522 – Neudruck
Stellungnahme 18/523
Stellungnahme 18/526
Stellungnahme 18/527
Stellungnahme 18/529
Stellungnahme 18/533
Stellungnahme 18/536
Stellungnahme 18/539
Stellungnahme 18/546
Stellungnahme 18/547
Stellungnahme 18/551

– Wortbeiträge

- 7 Schaffung eines Landesbetroffenenrats und Landesbeauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte 40**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4023
- Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4231
- Wortbeiträge
- Die SPD-Fraktion beantragt eine Anhörung.
- 8 Vorstellung des Kinder- und Jugend-Förderplans 2023-2027: Kinder und Jugendliche bestimmen mit – jungen Menschen mehr Perspektiven geben 41**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/529
Vorlage 18/1199
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- Das Benehmen zur Vorlage 18/1199 ist hergestellt worden.
- 9 Vor verschlossenen Türen – Personalmangel und Kita-Schließungen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]) 50**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1227
- Wortbeiträge
- 10 Ene Mene, Muh und wo hilfst du? – Fortsetzung Kita-Helferprogramm (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]) 51**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1234
- Wortbeiträge

11 Ohne Moos nix los – Sachstand Kindertagespflegepersonen in NRW
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]) **54**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1198

– Wortbeiträge

12 Verschiedenes **55****a) Verwaltungsvereinbarung über die Nutzung des von der L-Bank entwickelten Online-Antrags auf Elterngeld in Nordrhein-Westfalen** **55**

Der Ausschuss erhebt keine Einwände gegen diese Verwaltungsvereinbarung.

b) Entwurf des Änderungsvertrages zum „Vertrag zur Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz – KiQuTG)“ **55**

Der Ausschuss kommt überein, den Entwurf des Änderungsvertrages in einer zusätzlichen Sitzung in der kommenden Plenarwoche zu beraten.

* * *

4 Die Gesundheitsversorgung von Familien sicherstellen – Kuren für Familien, Menschen in Erziehungs- und Pflegeverantwortung in NRW retten!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1686

Ausschussprotokoll 18/203 (Anhörung am 22.03.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 23.11.2022)

Dr. Dennis Maelzer (SPD) betont, der Bedarf an Kuren für junge Familien sei in den letzten Jahren eher größer als kleiner geworden. Das hänge auch mit den psychischen Belastungen, die nicht zuletzt durch die Coronapandemie ausgelöst worden seien, zusammen. Diese Bedarfe würden in Nordrhein-Westfalen nicht ausreichend gedeckt. Es gebe kein Überangebot an Kurplätzen. Darum müsse man alles dafür tun, damit die vorhandenen Strukturen erhalten blieben.

Der Antrag sei zu einem Zeitpunkt gestellt worden, zu dem viele Einrichtungen mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätten. Das bestehe bis heute fort. Man wolle verhindern, dass es zu Schließungen komme. Das sei – Stand heute – nicht gelungen.

Er habe selbst eine Einrichtung in seinem Wahlkreis, die vor dem Hintergrund der Finanzierungsproblematik die Pforten habe schließen müssen. Das sei ein großer Schlag ins Kontor für die Familien in Nordrhein-Westfalen. Man sollte zumindest jetzt den Beitrag dazu leisten, dass es nicht anderen Einrichtungen genauso gehe. Darum fordere seine Fraktion einen landeseigenen Schutzschirm für die Kuren von Familien, dass sich das Land in der Hinsicht engagiere, gleichzeitig auf die Krankenkassen und Leistungsträger zugehe, um mit denen in Verhandlungen zu treten, dass auch sie stärker dafür einträten, dass diese Angebote für Familien erhalten blieben. Das Thema sei sehr wichtig. Es gebe großen Handlungsdruck. Er bitte, sich dieses Themas anzunehmen.

Dennis Sonne (GRÜNE) legt dar, Einrichtungen, die Kuren für Familien anböten, stünden unter finanziellem Druck. Das sei auch durch die Stellungnahmen in der Anhörung am 22. März deutlich geworden. Deutlich geworden sei auch, dass Angebote für bestimmte Zielgruppen wie für Menschen mit Behinderungen aus Kostengründen und dem fehlenden barrierefreien Angebot nicht vorhanden seien. Die Bundesregierung habe im Dezember letzten Jahres Entlastungspakete auf den Weg gebracht, um Krankenhäuser, Pflege- und Reha-Einrichtungen bei den Auswirkungen der Energiekrise zu unterstützen. Das sei auch von den Akteuren wie zum Beispiel dem Bundesverband Deutscher Privatkliniken sehr begrüßt worden. Für Reha-Einrichtungen sowie Werkstätten für behinderte Menschen stehe insgesamt 1 Milliarde Euro bereit.

Die Problematik nicht ausreichender Tagessätze sei damit jedoch noch nicht gelöst. Es könne aber nicht die Aufgabe des Landes sein, Lücken zu stopfen, für die auf Bundesebene eine Lösung gefunden werden müsse. Deswegen lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Jens Kamieth (CDU) meint, man merke deutlich, dass der Ausschuss mitberatend sei und der Antrag aus den Federn der Referentinnen und Referenden des Gesundheitsbereiches komme. Sonst wäre das für diesen Bereich wichtige Stichwort der Familienerholung erwähnt worden, wo man in den vergangenen Jahren, gerade im letzten Haushalt, einen riesigen Aufwuchs gehabt habe. Dreieinhalb Millionen Euro stünden für die Familienerholung zur Verfügung. Das erreiche möglicherweise nicht ganz ein Kurniveau, schaffe aber gerade in schwierigen Zeiten Luft für die Familien, tatsächlich mal durchatmen zu können.

Soweit die Unterfinanzierung bestehe – das habe sein Vorredner schon gesagt –, sei das klar eine Bundesangelegenheit. Das Land sei beispielsweise schon im Bereich der Sprach-Kitas in die Bresche gesprungen und habe die weiterfinanziert, nachdem sich der Bund schnell einen schlanken Fuß gemacht habe. Jetzt in einem weiteren Bereich, der originär dem Bund zugewiesen sei, in die Bresche zu springen, sehe seine Fraktion nicht. Deswegen lehne sie den Antrag ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/1686 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.